

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Kleinanzeigen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zweigesetz monatlich drei Mark (Halbmonatlich 1,75 M.) durch die Post bezogen monatlich 2 M. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Redaktion: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 090. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Abdruckverträge: Arbeiter-
Bücherei Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuroman gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,25 RM. für Familien-
anzeigen 0,20 RM. für die Restanzzeit einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhof-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 13. März 1928 Nummer 62

Abwürgung des Berliner Kampfes Reformistischer Dolchstoß im Werkzeugmacher-Streit

Der Schiedsspruch verbindlich

Die Metallarbeiter verlangen Fortsetzung des Kampfes

Berlin, 13. März.

Der am Sonnabend vom sozialdemokratischen Schlichter für Groß-Berlin gefällte Schiedsspruch im Berliner Werkzeugmacherstreit ist gestern gemäß Artikel 1 § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen „von Amts wegen und im öffentlichen Interesse“ für verbindlich erklärt worden.

Der sozialdemokratische Schlichter Wiffel hat sich im Kampf der Berliner Metallarbeiter eine bis heute einzig bestehende Verhöhnung der Arbeiterschaft geleistet.

Am Sonnabend dem 10. März hatte Wiffel zu neuen Einigungsverhandlungen eingeladen und nach deren Scheitern einen Schiedsspruch gefällt, der eine Kopie des erlittenen Schlichtungsausgleichs gefällten Schiedsspruches ist. Aufser langatmigen Erklärungen darüber, daß eine „Nachprüfung“ der Metallarbeiterlöhne erfolgen soll, enthält der neue Schiedsspruch nur eine konkrete Bestimmung, nämlich daß der Werkzeugmacher ein Mindestlohn von 1 Mark pro Stunde garantiert wird.

Darin liegt die unglaubliche Insamie. Denn die Werkzeugmacher haben bereits durchweg Stundenlöhne von über 1 Mark, nach den Berechnungen des DMB beträgt der durchschnittliche Stundenlohn 1,28 Mark. Eben deshalb forderten die Werkzeugmacher einen Mindestlohn von 1,50 Mark. Der Schiedsspruch bringt also keinem Werkzeugmacher auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung. Die übrigen Metallarbeiterkategorien erhalten ebenfalls nichts. Das wußte der Sozialdemokrat Wiffel. Er hat nur darum eine Mark Stundenlohn festgesetzt, um seinen Schiedsspruch juristisch zur Verbindlichkeitsklärung fähig zu machen, da der erste Schiedsspruch mangels jeder konkreten Angabe nicht verbindlich erklärt werden konnte. So leistete der Sozialdemokrat Wiffel dem Reichsarbeitsminister der Bürgerblockregierung Handlangerdienste. Nachdem Wiffel als Sachkundiger im Schlichtungsbetrieb die juristischen Hindernisse einer Verbindlichkeitsklärung beseitigt hatte, erfolgte gestern prompt das Eingreifen des Reichsarbeitsministers, der dann nach den formalen Einigungsverhandlungen die Verbindlichkeit des Schiedsspruches erklärte.

Wie heute morgen aus Berlin berichtet wird, fand gestern eine große Versammlung der streikenden Werkzeug-

macher statt. Der Vorsitzende des Berliner DMB sprach für die Wiederaufnahme der Arbeit im Falle der Verbindlichkeitsklärung. Sämtliche Delegationsredner traten für die Fortführung des Kampfes trotz Verbindlichkeitsklärung ein. Eine vorgelegte Resolution der Opposition fand die Billigung der überwiegenden Mehrheit der Versammlung.

Als bekannt wurde, daß der Reichsarbeitsminister Braun den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat, herrschte ungeheure Erregung. Ulrich erklärte, der Streik wird abgebrochen und am Mittwoch erfolgt Wiederaufnahme der Arbeit. Das Hauptvorstandsmitglied Toth warnte vor einem „Weiterstreifen“ auf eigene Faust. Ulrich erklärte den Streik für beendet und ließ auch keine Abstimmung über die Resolution zu. Er schloß darauf die Versammlung.

Heute finden überall Betriebs-Streikversammlungen statt. Die Opposition fordert Weiterführung des Kampfes, auch gegen Verbindlichkeitsklärung. Entfaltung der Kampfkraft aller Metallarbeiter und restlose Durchsetzung der Forderung des Metallartikels vom Jahre 1927 mit 15 Prozent Zuschlag.

Heute vormittag 10 Uhr findet eine Funktionärerversammlung der Werkzeugmacher statt. Die Ortsverwaltung erklärt einen Rufus an alle streikenden Werkzeugmacher und alle ausgeperrten Metallarbeiter und fordert auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da aus rechtlichen Gründen nicht mehr gestreikt werden könne.

Die Betriebe Siemens und Bergmann teilen durch die Presse mit, daß die Arbeit am Mittwoch früh zur üblichen Zeit wieder aufgenommen werden kann.

Die Lohnerhandlungen bei der Reichseisenbahn

Berlin, 13. März. (Eig. Drahtbericht.)

Heute beginnen neue Verhandlungen zwischen der Eisenbahnergewerkschaft und der Hauptverwaltung der Reichseisenbahn. Es wird die Forderung von 10 % Lohnerhöhung aufgestellt. Die Reichsbahnverwaltung hat abgelehnt und verlangt, daß der Minister eingreift. Der Reichsarbeitsminister hat jedoch angeordnet, noch einmal zu verhandeln. In 3 Wochen läßt der Tarif ab, es ist aber mit dem Eingreifen des Reichsarbeitsministers zu rechnen.

Der sächsische Bazille

Partikularismus als Pforten der Gegenrevolution

Die diesjährige Stände im Sächsischen Landtage zeigte gegenüber den früheren Ständen einige neue politische Gesichtspunkte. Das lag nicht an der Rede des Vizepräsidenten der Großindustriellen und Landbesitzer, des Finanzministers Weber. Dieser Finanzminister „wider Willen“ hat vielmehr aus keiner Rede alle Fragen herausgelassen, die innerhalb der Bürgerblockparteien umstritten sind. Angesichts der politischen Lage mußte sich die Feldregierung damit begnügen, die wichtigsten Posten aus dem Hauptbuche der kapitalistischen Republik vorzutragen. Die politische Begleitmusik zur Verteilung der Steuereinnahmen, zur Bilanz des bürgerlichen Machtapparates, wurde von den Rednern der Bürgerblockparteien geliefert. Was in den offiziellen Regierungserklärungen mühselig verschleiert wird, das kam in den Reden der großkapitalistischen Vertreter unerschützt zum Ausdruck. Hat sich doch die sächsische Bürgerblockregierung immer wieder als die Regierung der „Volksgemeinschaft“ proklamiert. Die Stände des Bürgerblocks haben allerdings gründlich mit dem Volksgemeinschaftswindeln ausgeräumt. Natürlich gegen ihre eigene Absicht.

Allen voran der deutschnationale Abgeordnete Dr. Eberle, der Vorsitzende der Sächsischen Großkapitalisten-Fraktion. Dr. Eberle hat sich als sächsischer Bazille vorgestellt. Das Programm, das er zur Frage des Einheitsstaates entwickelt hat, ist die Zusammenfassung aller reaktionären Vorschläge, die auf dem Gebiete der Verwaltungsreform in letzter Zeit überhaupt gemacht worden sind. Die sächsischen Deutschnationalen haben das Rotprogramm der Industriellen, die Forderungen des Luther-Roske-Bundes und der Großagrarier aufgenommen. Es ist außerordentlich wichtig, in dem Wahlkampf vor den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung dieses Programm auf der ganzen Linie aufzudecken. Dr. Eberle forderte in seiner Rede:

1. Befestigung der Reichsverfassung;
2. Stärkung der Volksgewalt des Reichspräsidenten;
3. Schaffung von Staatspräsidenten in den Ländern;
4. Umwandlung des Reichsrats in ein Oberhaus (Länderkonferenzen);
5. Rückgabe der Steuerhoheit an Länder und Gemeinden;
6. Völlige Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder;
7. Ablehnung der Erfüllung des Dawesplanes.

Wie man sieht, ein ganzer Blütenstrauch reaktionärer partikularistischer Forderungen. Die Deutschnationalen wollen mit der Durchführung dieser Forderungen nicht etwa die Selbstverwaltung der Gemeinden und das Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Massen fördern. Im Gegenteil. Da sie aus Zweckmäßigkeitsgründen den Kampf um die monarchistische Staatsform zurückgestellt haben, kommt es ihnen darauf an, an die Spitze der 18 deutschen ehemaligen Königreiche und Großherzogtümer einen republikanischen König zu stellen. Ausgerüstet mit allen Machtvollkommenheiten und mit der absoluten Diktaturgewalt zur Niederschlagung der Arbeiterklasse.

Das Programm des Deutschnationalen Dr. Eberle deckt sich in vollem Umfang mit jenen Forderungen, die von dem württembergischen Staatspräsidenten Bazille auf der Länderkonferenz vorgetragen wurden. Die Deutschnationalen werden auch im Wahlkampf alle ihre reaktionären partikularistischen Forderungen vertreten. Es gilt demgegenüber mit allen Mitteln den Kampf der Arbeiter um Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu organisieren.

Vertrat Dr. Eberle die partikularistische Fraktion der deutschen Bourgeoisie, so entwickelte der volksparteiliche Dresdner Oberbürgermeister Dr. Blüher den Standpunkt der Großindustrie und des Truskapitals. Er leidet keine reaktionären Forderungen in das Filtergewand des bürgerlichen Liberalismus. Die Entwicklung dränge zum Einheitsstaat und zur Stärkung der Volksgewalt. Er fordert eine Reichsstaatsordnung, eine Volksgemeinschaftsordnung und eine Reichsstaatsordnung als Unterbau des dezentralisierten Einheitsstaates. Als Mittelweg zwischen beiden die Landtage mit selbständigem Statutrecht beibehalten werden. Zur Wahrung der „öffentlichen Rechte“ und der Kontinuität in der Staatsentwicklung müsse eine Erste Kammer über den Reichstag gestellt werden. Diese Vorschläge bedeuten nicht etwa die Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden. Sie bedeuten vielmehr eine stärkere Einschränkung der So-

Drohungen gegen Sowjetrußland

Die bürgerliche Presse ist bemüht, gegenüber der Aufdeckung der Sabotageakte im Donzbecken in der Sowjetunion, an der auch deutsche Ingenieure beteiligt sind, diese weitmöglichst in Schach zu nehmen und ohne Kenntnis der näheren Tatsachen ihre Unschuld zu behaupten. Es fehlt auch nicht an leisen Drohungen in der Hinsicht, daß die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen durch „zu scharfes Durchgreifen der Sowjetunion gegenüber den Saboteuren“ eine Trübung dieser Wirtschaftsbeziehungen nach sich ziehen müßte. Als Beispiel sei nur das Berliner Tageblatt citiert, das folgendes schreibt:

„Auch auf russischer Seite wird man sich nicht verhehlen, daß die Verhaftung der 6 Deutschen eine Vertrauenskrise zwischen der deutschen und der Sowjetwirtschaft heraufbeschwören muß ... Es ist eine gewisse Sumulung der deutschen Ingenieure, sich nach Rußland zu begeben, wenn sie sich sagen müssen, daß sie unter Umständen der ungeheuerlichen Verschuldigung ausgesetzt sind, in Gemeinschaft mit dem politischen Generalstab in Rußland Sabotage zu treiben. Dies muß offen ausgesprochen werden. Die Verhaftung der sechs muß offen ausgesprochen werden. Die deutsche Regierung Drulichen zeigt die Notwendigkeit, daß die deutsche Regierung die Grenze des Erträglichem mit größerer Bestimmtheit zieht, als das bisher geschehen ist.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft unter allen Umständen gewillt ist, die Saboteure zu schützen. Die Sowjetunion wird sich durch dieses Geschrei nicht einschüchtern lassen. Sie wird gegen wirklich Schuldige vorgehen. Nicht die Sowjetunion, sondern die deutschen Firmen sind schuld.

Die Ingenieure wie auch die sie nach Rußland sendenden Kapitalisten wußten, daß sie sich nicht an konterrevolutionären Nationen beteiligen durften. Die Firmen hatten von ihren Angestellten die strengste Einhaltung der Neutralität zu verlangen. Wenn jetzt die bürgerliche Presse ein Geschrei gegen

der Verhaftung ansteht, dann müßte man daraus schließen, daß die deutschen Kapitalisten die konterrevolutionäre Tätigkeit ihrer Angestellten unterstützen.

Im übrigen kann man jedoch abwarten, was die Sowjetunion an weiterem Material über den Vorgang mitteilen wird.

